

## Was ändern CDU/ FDP mit dem neuen Sparkassengesetz?

### Bildung und Verkauf von Stammkapital

Die Sparkassen gehören den BürgerInnen. Es ist ihr Geld, das die Sparkassen zu dem gemacht hat, was sie jetzt sind. CDU/FDP wollen dieses ändern. Zukünftig sollen die Sparkassen Stammkapital bilden und die Kommunen als Träger der Sparkassen dieses in Höhe von bis zu 25,1 % verkaufen können – auch zur Sanierung ihres Haushaltes. Da die Kommunen selbst aber nie Geld in die Sparkassen eingelegt haben, schwächt dieses Vorgehen massiv die Kapitalausstattung der Sparkassen. Darunter wird die Wirtschaft leiden, denn sie ist es, die vor Ort auf einen Kredit „ihrer“ Sparkasse angewiesen ist!

### Beteiligung der HASPA

Zukünftig soll sich die HASPA Finanzholding an allen Schleswig-Holsteinischen Sparkassen beteiligen können. Bis heute ist aber nicht geklärt, ob der Rechtsstatus der HASPA öffentlich-rechtlich oder privat ist. Damit droht der Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen. Schätzt die EU die HASPA nach Änderung des Gesetzes als privat ein, könnten sich anschließend alle Privatbanken Teile unserer Sparkassen kaufen und statt Gemeinwohlinteressen hohe Renditen verfolgen!

### Gelder für gemeinnützige Projekte

Allein im Jahr 2009 haben die Schleswig-Holsteinischen Sparkassen 14,5 Mio. Euro für gemeinnützige Projekte ausgeschüttet. Diese Erlöse, die gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung und Wirtschaft erwirtschaftet wurden, sind zukünftig nicht mehr sicher. Denn wenn sich z.B. die HASPA einkauft, wird sie eher Projekte in Hamburg als in Schleswig-Holstein fördern.

## Wie geht es weiter?

CDU/FDP wollen das neue Sparkassengesetz im Juni im Landtag beschließen. Vorher folgt noch eine mündliche Anhörung in den Landtagsausschüssen. Aber schon die schriftlichen Stellungnahmen machen deutlich: alle inhaltlichen Argumente sprechen eindeutig gegen eine Änderung des Sparkassengesetzes. Auch der Sparkassen- und Giroverband lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern CDU/FDP auf, den vorliegenden Gesetzentwurf zurück zu ziehen und sich zu den grundlegenden Sparkassenprinzipien zu bekennen, denn sie sind es, die den Erfolg der Sparkassen ausmachen:

- der öffentliche Auftrag der Sparkassen
- die kommunale Bindung
- das Regionalprinzip
- die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen
- diskriminierungsfreier Zugang für alle BürgerInnen
- Kreditgeber für die mittelständische Wirtschaft

## Wortbruch des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Carstensen hat im Landtag die entscheidende Stimme, denn CDU/FDP regieren mit nur einer Stimme Mehrheit. Vor der Wahl hat er versprochen, eine Änderung des Sparkassengesetzes werde es nur geben, wenn sie eindeutig europarechtskonform ist. Diese Zusage der EU liegt bis heute nicht vor. Stimmt der Ministerpräsident jetzt für das vorliegende Gesetz, begeht er Wortbruch!

## Das erwarten wir GRÜNE von unseren Sparkassen:

Insgesamt sind die Schleswig-Holsteinischen Sparkassen gut durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gekommen. Im Jahr 2009 wuchs der Bestand der Kreditvergabe an Unternehmen und Selbständige um 3,4 Prozent. Die Sparkassen haben auf regionales Geschäft gesetzt statt sich international zu verspekulieren. Diesen Weg müssen sie auch weiterhin einschlagen. Deshalb ist die Grüne Fraktion gegen eine Privatisierung der Sparkassen und lehnt den Gesetzentwurf von CDU/FDP ab.

Von den Schleswig-Holsteinischen Sparkassen erwarten wir

- Dass auch kleine Filialen im ländlichen Bereich erhalten bleiben.
- Dass sie der Kreditklemme entgegen wirken indem sie mit ihren Betrieben vor Ort passgenaue Konzepte erarbeiten.
- Dass sie Existenzgründungen fördern und Altersgrenzen für die Kreditwürdigkeit nicht überreizen.
- Dass das „Konto für Jedermann“ erhalten bleibt damit auch Menschen mit einem geringen Einkommen ein Konto eröffnen können und dass es für GeringverdienerInnen keine extra teuren Gebühren gibt.
- Dass die Kommunalpolitik über die Verwaltungsräte transparent informiert wird und dass fachliche Schulungen für Gremienmitglieder angeboten werde, damit Steuerungs- und Kontrollaufgaben von der Politik qualifiziert wahr genommen werden können.

**Stimmen zum Gesetzentwurf von CDU und FDP :**

„Im Interesse der Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung der gesamten Bevölkerung und des Mittelstandes in Schleswig-Holstein bitten wir den schleswig-holsteinischen Landtag, den vorgelegten Gesetzentwurf abzulehnen.“ (Sparkassen und Giroverband)

„Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind keine Handelsobjekte. Die Bildung von Stammkapital bei kommunalen Sparkassen ist als Vorstufe für ein potentielle Privatisierung anzusehen.“ (Städteverband Schleswig-Holstein)

„Es bestehen keine Zweifel, dass die HASPA nicht dem öffentlich-rechtlichen Bereich zuzuordnen ist.“ (Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)

„Die Veräußerung von Stammkapital ist mit Blick auf die Renditeerwartungen von Investoren und dem damit verbundenen Verkaufsdruck, den Folgen für die Kunden und für die Belegschaft abzulehnen.“ (ver.di; Landesbezirk Hamburg/Nord)

„Genossenschaftsbanken zum einen und öffentlich-rechtliche Sparkassen in ihrer jetzigen Rechtsform zum anderen sind unverzichtbar für eine ausreichende Kreditversorgung der kleinen und kleinsten Betriebe des Handwerks.“ (Handwerkskammer Schleswig-Holstein)

„Die Sparkassen versorgen Handwerker und mittelständische Unternehmen mit Krediten und sichern zu, dass alle Bürger und Bürgerinnen ein Konto eröffnen können. Sie stehen nicht für zügelloses und unreguliertes Gewinnstreben, sondern ihre Überschüsse kommen Sport, Kunst und Kultur und vielen sozialen Projekten in der Region zu Gute. Deshalb wollen wir GRÜNEN die Sparkassen so erhalten wie sie sind: gemeinwohlorientiert und bürgernah!“



**Monika Heinold**  
Finanzpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Landtagsfraktion  
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Tel.: 0431 / 988 – 1500  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Hände weg vom Sparkassengesetz**



**Landtagsfraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Schleswig-Holstein**